

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürger*innen,

2009 haben Bund und Länder die so genannte „Schuldenbremse“ beschlossen. Konsolidierung war nach Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise das oberste Gebot. Auch in Rodgau konnten wir in den vergangenen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Selbst für das Jahr 2020 wurde noch mit einem kleinen Überschuss gerechnet, der durch die Corona-Pandemie jedoch nicht realisiert werden kann. Der Haushalt 2020 verzeichnet nun ein kleines Defizit von 31.000 Euro.

Die Planungen für das Jahr 2021 sehen komplett anders aus. Bund-, Länder- und Kommunen rechnen mit erheblichen Defiziten. Der Bund macht Schulden in Milliardenhöhe. Auch der Planentwurf für den Rodgauer Kommunal-Haushalt 2021 weist einen beachtlichen Fehlbedarf von 6,4 Millionen Euro aus. Dem werden wir zustimmen und das voraussichtliche Defizit mit einigen parlamentarischen Änderungsanträgen sogar noch erhöhen. Bündnis 90 / Die Grünen sind der Meinung, dass die geplanten Maßnahmen und Ausgaben Angesichts der Krise gerechtfertigt sind.

Kommunale Haushaltspolitik und -planung ist aber trotz aller berechtigter, durch die aktuelle Corona-Pandemie verursachter Sorge, kein kurzfristiges Geschäft. Das wird in Zeiten knapper Kassen und durch die nach wie vor andauernde Pandemie deutlich. Viele kommunale Ausgaben stehen langfristig fest: 40,3 % des Rodgauer Haushaltsvolumens beanspruchen die Kreisumlage (24,6 Mio. Euro) und die Schulumlage (15,3 Mio. Euro). Sie werden in den nächsten Jahren ebenfalls voraussichtlich eher steigen, da auch die Kreisverkehrsgesellschaft ihre finanzielle Ausstattung neu organisiert.

Ein zweiter Fixkostenpunkt einer Kommune sind die Personalkosten für Verwaltung und Kindertagesstätten, Krippen usw. In Rodgau beanspruchen die Personalkosten inklusive Versorgungsaufwendungen rund 30 Prozent (28,71 + 1,32 %) des gesamten Etats. Auch das

ist somit ein Haushaltsposten ohne Einsparpotenzial. Im Gegenteil: durch die wachsende Nachfrage nach Wohnraum und Zuzug von Neubürgern in eine attraktive Kommune steigt der Bedarf an Personal.

Wir wollen eine gut funktionierende, serviceorientierte Verwaltung und Kindergartenplätze für möglichst alle Kinder, U3-Betreuung für die ganz Kleinen und selbstverständlich benötigen wir Erzieherinnen und Erzieher in ausreichender Zahl, entsprechend gut ausgebildet, qualifiziert und bezahlt. Rodgau setzt auf und investiert in Bildung. Wir investieren damit in die Zukunft unserer Stadt und stellen diese Finanzmittel gerne zur Verfügung.

Die übrigen rund 29 Prozent beinhalten einen größeren Block von Ausgaben für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (12,41%) mit Ausgaben für Büromaterial, Leasinggebühren, Gerätemieten, Telefonkosten, Reisekosten, Müllgebühren auch für die Kindertagesstätten, Strom- und Wasserkosten, Instandhaltung- und Wartungskosten für die städtischen Gebäude und auch für die Sporthallen. Enthalten sind Finanzausgaben (12,58 %) für EDV-Bereitstellung, Meldewesen und Bürgerservice u.ä. Abschreibungen (4,6%) als ein notwendiger Bestandteil der doppelten Haushaltsführung. Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und soll lediglich einen kleinen Einblick in die Ausgaben einer Kommune geben. Und nur nebenbei bemerkt. Wenn die Wasserpreise steigen, so steigen diese Kosten auch für die Kommune mit ihren Kitas, Sporthallen und Bürgerhäusern. Die Spielräume für Einsparungen in einer Kommune sind also denkbar gering.

Durch die Corona-Pandemie sind die kommunalen Einnahmen an vielen Stellen eingebrochen. Für die Haupteinnahmequelle einer Kommune – die Einnahmen aus der Gewerbesteuer – wird mit einem Rückgang von etwa 5,3 Millionen Euro kalkuliert. Trotzdem wollen wir mit einigen unserer Anträge und Mitteleinsätzen, die zusätzliche Ausgaben bedeuten, auf die aktuelle Situation reagieren. Denn angesichts der Corona-Pandemie wollen wir positive Impulse für die lokale Gastronomie, für die Rodgauer

Dienstleister und die derzeit brach liegende Kultur bereit stellen und mit entsprechenden Budgets unterstützen.

Auch wenn die Corona-Pandemie derzeit fast alles überschattet, so macht der gerade zu Ende gegangene UN-Klimagipfel deutlich, dass wir vor noch weitaus größeren Herausforderungen stehen. Dass die Sommer heißer und die Wetter-Ereignisse extremer werden, ist jetzt schon spürbar. Aktuell hat sich die EU verpflichtet, ihre CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren und will bis 2050 klimaneutral sein. Die Erderwärmung soll auf 1,5 Grad Celsius im Vergleich zur Vorindustriellen Zeit begrenzt werden.

Die Frage, welche Länder nun welche Maßnahmen umsetzen, müssen, können oder sollen, bietet reichlich Gelegenheit mit dem Finger auf die jeweils anderen zu zeigen. Das hilft aber alles nicht weiter. Jeder muss vor Ort tun, was möglich ist: „Think global, act local“.

Bündnis 90 / die Grünen stellen sich dieser Verantwortung und haben – zusammen mit der Mehrheits-Kooperation im Stadtparlament – in Sachen Klimaschutz einiges auf den Weg gebracht. Wir haben – mit viel Engagement von Seiten der Verwaltung – bei 5 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen mehrheitlich ein integriertes Klimaschutzkonzept für Rodgau verabschiedet. Um das Aufheizen der Stadtteile in heißen Sommermonaten zu verringern und die Luft zu verbessern, haben wir das Projekt 500 Bäume für Rodgau initiiert, das auch im kommenden Jahr fortgeführt wird. Auch das ist eine Investition in die Zukunft.

Allerdings reicht kommunales Engagement für mehr Natur-, Arten- und Klimaschutz alleine nicht aus. Wir brauchen einen Perspektivwechsel vieler Rodgauer und Rodgauerinnen.

Deshalb wollen wir Anreize zum Umdenken schaffen. Ab 2021 und für die nächsten drei Jahre wird ein Budget zur Verfügung gestellt, damit Eigentümer in Rodgau ihre Vorgärten nicht zu pflastern, sondern in grüne Oasen verwandeln. Damit können wir es aber nicht belassen. Wenn wir künftig in neuen Baugebieten solche „Gärten des Grauens“ verhindern wollen, brauchen wir eine entsprechende Satzung.

Naherholungsgebiet, grüne Lunge und Ort der Erholung war bislang auch der Rodgauer Wald. Derzeit ist er in einem beklagenswerten Zustand. Die Stürme, die dazu geführt haben, sind

ebenfalls eine der Folgen des Klimawandels. Die trockenen Sommer setzen den Bäumen in der ganzen Region zu. Im Hessischen Waldzustandbericht für 2019 wird zusammenfassend dargelegt, dass *„die Wälder im Ballungsraum Rhein-Main zu den forstlichen Brennpunkten in Mitteleuropa gehören. Flächenverbrauch, Zerschneidung, Stoffeinträge aus der Luft, steigender Wasserbedarf und biotische sowie abiotische Belastungen führen zu einer schleichenden Destabilisierung der Wälder und damit verbundenen Waldauflösungserscheinungen. Ein geordneter Forstbetrieb ist somit vielerorts nicht mehr möglich.“* Nun kann man einen Wald nicht beregnen wie einen Garten. Hier hilft nur ein massives, weltweites Umsteuern im Sinne der UN-Klimakonferenz – auch wenn (noch) nicht alle mitmachen.

Die Klimaerwärmung lässt sich nicht mit einem „Weiter wie bisher“ aufhalten. Das gilt auch für Forderungen nach „Umgehungsstraße“ und Durchstich. Mehr Straßen sind keine Entlastung. Sie bedeuten eine **Be-Lastung**. Denn sie verursachen Kosten im Bau und im Erhalt und bedeuten eine Zunahme an Autoverkehr. Deshalb stimmen wir dem Antrag der CDU weitere 100.000 Euro zur Planung des Weiterbaus der Rodgau-Ringstraße ausdrücklich **nicht** zu. Der Weiterbau ist weder vernünftig noch zukunftsfähig – er ist rückwärtsgerichtet. Er würde langfristig viele Millionen Euro binden, die wir in anderen Projekten besser angelegt sehen.

Das Verkehrsgutachten zur Verlängerung der Rodgau-Ring-Straße zeigt, dass die meisten Autofahrten in Rodgau innerörtlich erfolgen: Weiskircher fahren mit dem Auto nach Jügesheim und zurück, die Nieder-Röder tun das auch und viele in allen anderen Stadtteilen verhalten sich ähnlich. Darüber hinaus prognostizieren die Gutachter, dass sich der Autoverkehr - je nach Planfall - auf andere Strecken verlagert und vermeintliche Entlastungsstraßen zu überregionalen Ausweichrouten werden, die zusätzlichen Autoverkehr verursachen. Um Autoverkehr zu verringern hilft nur, die „Blechkiste“ weniger zu nutzen und öfter mal stehen zu lassen.

Rodgau ist perfekt gemacht für den Radverkehr. Trotzdem sagen in Gesprächen Bürger und Bürgerinnen häufig:“ Ich würde ja gerne, aber ich traue mich nicht. Die vielen Autos.“ Das ist

nachvollziehbar und verständlich. Das Radwegenetz in Rodgau ist bescheiden. Aber es wird besser. Die unübertroffen schnellste Verbindung zwischen den Stadtteilen – die Strecke am Bahnpfadchen – hat 2020 einen „Lückenschluss“ an der Dudenhöfer Westseite erhalten mit einer deutlichen Verbesserung der Unterführung der Kreisquerverbindung. Der Radweg zwischen Rembrücken und Hainhausen wird gerade ausgebaut. Ein großer Gewinn für alle Freizeit-Radler und für alle Schülerinnen und Schüler, die aus Heusenstamm nach Rodgau in die Schule fahren.

Eine weitere enorme Verbesserung bedeutet der Ausbau des Radwegs an der Wilhelm-Leuchnerstraße, der im nächsten Jahr bis zum Finkenweg verlängert werden wird. Mit dem im heutigen Beschluss eingeplanten Budget wird aus der Pfützenpiste eine Fahrradwegeverbindung werden, die hoffentlich auch zum flanieren einlädt.

Uns ist bewußt, dass mit neuen Baugebieten auch Flächen versiegelt werden. Deshalb ist uns wichtig, dass diese Baugebiete so grün und ökologisch wie möglich werden, dass sie wenig Energie verbrauchen und im Gegenteil - vielleicht sogar Energie liefern. Wir wollen, dass der naturschutzrechtliche Ausgleich vor Ort erfolgt und das Regenwasser genau dort – vor Ort – auch versickert und so dazu beiträgt, dass die Grundwasserspeicher auch in Zukunft aufgefüllt werden können. Regenwasser, das in den Kanal fließt, landet in der Kläranlage und wird so zu Abwasser.

Ein Paradebeispiel für gelungene Regenwasserversickerung von Hausdächern ist das neue Wohngebiet Hainhausen West. Die Mulden und Schleifen zur Regenwasserversickerung im so genannten Helixpark des Quartiers sind mit ihren Trittsteinen gleichzeitig attraktive Spielorte für Kinder. Die Wildwiesen und Säume aus regionaler Flora ein Beitrag zur Biodiversität. Die Gestaltung der Anlage ist ästhetisch anspruchsvoll mit viel Aufenthaltsqualität. Ein Besuch ist unbedingt empfehlenswert, um einen Eindruck von einem zukunftsorientierten Wohnquartier zu gewinnen.

Die Regenwasserversickerung ist ein wichtiger Bestandteil des Umweltschutzes, damit wir in der Region auch künftig noch genug Trinkwasser gewinnen können. Der Schutz der Natur,

von Boden und Wasser ein weiterer. Dass diese Schutzgüter in Deutschland zu kurz kommen, sehen wir an der Drucksache 355, dem Antrag aus der Verwaltung zur Rußfabrik. Die Bundesboden- und Bundeswasser-Schutz-Regelungen sind zu Unternehmensfreundlich und reichen nicht aus, Allgemeingüter wie Natur, Boden und Wasser zu schützen. (Das gleiche gilt übrigens auch für den Schutz der Luft.)

Wenn die bundesgesetzlichen Regelungen es offen lassen, ob Unternehmen Altlasten „sichern“ oder „sanieren“, haben unter Umständen Staat und Kommunen das Nachsehen, wenn den Eigentümern das Geld ausgeht oder es die Firmen irgendwann gar nicht mehr gibt. Dann bleiben die Kommunen, die Länder oder der Bund auf den Kosten für die Dekontamination der Altlasten sitzen. Das ist nicht hinnehmbar und deshalb unterstützen wir das Anliegen des Bürgermeisters, zum Schutz von Boden und Grundwasser für die Sanierung Rußfabrik eine Lösung zu finden.

Ein Satz noch zur Ausschreibung von sechs Stadtbussen mit Wasserstoffantrieb. Auch hier geht es darum Klima-Belastungen zu verringern. Deshalb muss der eingesetzte Wasserstoff mit regenerativer Energie und ohne Einsatz von Erdgas gewonnen werden. Hier ist noch ein langer Weg zu gehen, der sich nur dann lohnt, wenn er tatsächlich klimaneutral erfolgt.

Bündnis 90 / Die Grünen setzt sich jedenfalls mit all seiner Kraft und Energie für ein zukunftsfähiges Rodgau ein. Gemeinsam können wir unseren Teil dazu beitragen, die Welt ein wenig besser zu machen. Manchmal indem wir ein wenig Verzicht üben, um das Leben anderer zu schützen. Das tun wir derzeit, indem wir Mundschutz tragen und Abstand halten.

In diesem Sinne, sind wir zuversichtlich, dass Rodgau solidarisch und mit vielen guten Ideen auf dem richtigen Weg ist. Auch in schwieriger Zeiten.

Bündnis 90 / Die Grünen stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf mit den besprochenen Änderungen zu.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, dem Magistrat und allen Ehrenamtlichen – insbesondere der Feuerwehr – für ihr Engagement im vergangenen Jahr. Das Jahr war nicht einfach, wir hoffen, das kommende wird besser.

Ein paar erholsame Feiertage wünscht

Karin Wagner

Fraktionsvorsitzende

Bündnis 90 / Die Grünen Rodgau